



**mouvement
écologique**

Luxemburg, den 1. Dezember 2020

Betrifft: Anmerkungen des Mouvement Ecologique im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum
„Scenario Report 2040“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum „Scenario Report 2040“ möchte der Mouvement Ecologique folgende Einwände / Anregungen einbringen, wobei folgende Anmerkung vorweg genommen sei: de facto scheint die „einzige“ derzeitige konkrete Schlussfolgerung aus dieser „Strategie“ der Ausbau der Importkapazitäten zu sein, das sogenannte 380-Projekt, auf das in dem offiziellen Text zur „consultation publique“ verwiesen wird (*„The related “Project 380” foresees several measures to ensure this supply in the future. The project represents a new, future-oriented replacement construction that provides a better cross-border connection between Luxembourg and Germany“*).

Der Mouvement Ecologique sieht gewisse Schwächen in der vorliegenden Strategie, diese sind jedoch eher auf Defizite seitens der Regierungsvorgaben, als auf die Creos-Vorgehensweise zurückzuführen.

Denn Fakt ist: Creos basiert seine Berechnungen auf den Vorgaben des Nationalen Klima- und Energieplans sowie auf einer Studie vom Fraunhofer Institut. Creos hat entschieden, keine über diese Vorgaben hinausgehenden Elemente einzubeziehen. Dies führt jedoch dazu, dass z.B. die Frage der Speicherkapazitäten, denen nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine gewisse Bedeutung beigemessen werden sollte, nicht einbezogen wurde (um nur dieses eine Beispiel zu nennen).

Stellt sich also die Frage, ob nicht von Regierungsseite umfassendere Vorgaben hätten aufgestellt und einer öffentlichen Prozedur unterzogen werden müssen? Die Aufgabe von Creos wäre danach als Netzbetreiber, „lediglich“ die technische Umsetzung zu planen.

Der Mouvement Ecologique hat sich deshalb entschieden, auch Einwände einzubringen, die sich nicht direkt auf die vorliegende Studie oder auf Creos, sondern - auf einer strategisch / politischen Ebene - auf die Rolle der Regierung beziehen.

1. Eine Stromversorgungsstrategie muss auch zukünftigen Entwicklungen Rechnung tragen

Dass der Netzbetreiber selbst keine zusätzlichen strategischen Optionen ins Auge fasst, welche im Nationalen Energie- und Klimaplan nicht explizit vorgegeben werden, scheint a priori verständlich zu sein.

Creos sieht sich in der Tat als Umsetzungsorgan der Regierungsvorgaben. Umso wichtiger wäre es aber deswegen, die Regierungsstrategie in Sachen Stromversorgung / Netzausbau würde gewisse relevante Fragen offener thematisieren, wie z.B. folgende:

- Welchen Einfluss können Aspekte der Wasserstoffstrategie in Zukunft in den verschiedenen Sektoren nehmen? Welcher Impakt ergäbe sich daraus für die Gesamtstrategie?
- Mit welcher Entwicklung ist auf der Ebene der Speicherkapazitäten zu rechnen? Diese Voraussagen sind sicherlich nicht einfach, es müsste jedoch möglich sein, Prognosen / Szenarien zu entwickeln, immerhin ist davon auszugehen, dass sowohl Technologie wie auch Kostenstrukturen sich in diesem Sektor weiterentwickeln.
- Auch die Herausforderungen betreffend die Netzeinspeisung von erneuerbaren Energien hätten unserer Meinung nach verstärkt in den Fokus gerückt werden müssen.

Eine Thematisierung von derartigen Optionen könnte dann nämlich auch zu einer dynamischeren Strategie mit zusätzlichen Überlegungen / Ideen führen. Z.B.: Creos-Verantwortliche führen an, ihnen wären die Hände gebunden, aus rechtlichen Gründen könnten sie selbst keine Speicherstrukturen betreiben. Dies stimmt sicherlich, jedoch: nichts hindert einen Netzbetreiber daran, mittels Ausschreibungen solche Speicherkapazitäten durch Dienstleister zu gewährleisten.

Diese tiefgreifenden, strategischen Überlegungen fehlen leider mehrfach als Grundlagen einer nationalen Strategie.

2. Preisgestaltung als zentrales Element einer Strategie

Es mag nicht die primäre Rolle von Creos sein, trotzdem ist die Strompreisgestaltung (Energiekosten, Netzkosten für Transport und Verteilung, Abgaben (z.B. Mechanisme de Compensation)), insbesondere im Verhältnis zu anderen Energieträgern von eminenter Bedeutung für die zukünftige Grundorientierung einer Energie- und damit auch einer Netzpolitik Luxemburgs.

- Wenn es denn augenscheinlich ist, dass die Spitzenlasten ein zentrales Problem darstellen: Warum gibt es nicht schon differenzierte Strompreise, wie in Art. 11 der Richtlinie 2019/944 vorgesehen, je nachdem wann Strom gebraucht wird, um somit sowohl öffentliche, wirtschaftliche als auch Privatakteure anzuspornen, Strom außerhalb dieser Spitzenzeiten zu nutzen? Auch hier müssten dann Szenarien zum Impakt solcher Tarife auf den Spitzenstromverbrauch in die Gesamtstrategie einfließen.
- Ist nicht auch eine generelle Diskussion über die Energie- und damit auch die Strompreise in Luxemburg überfällig? Dies um das Energiesparen / die Energieeffizienz voranzutreiben; in Richtung Kostenwahrheit zu gehen. Der Stromsektor wurde aus der CO₂-Steuer ausgeklammert. Sollte man nicht aber zumindest eine Diskussion über die CO₂-Bepreisung der unterschiedlichen Primärenergieträger für die Stromproduktion führen?

- Zum Thema Niedrigpreise: In der Studie selbst ist zu lesen, dass aufgrund der niedrigen Strompreise in Luxemburg eine Wahrscheinlichkeit besteht, dass der aktuelle Tanktourismus auch auf der Ebene der Elektromobilität fortgeführt wird. Zitat: *“Attractive inland electricity costs, compared to the prices of electricity in neighbouring countries, could provoke a related extra load on the electrical grid, which would have to be considered additionally.”* Ist dies wirklich erstrebenswert?

3. Planung in einen landesplanerischen Zusammenhang setzen und regionale Produktion berücksichtigen

Die Strategie fußt auf staatlichen Prognosen betreffend der Bevölkerungsentwicklung und der Steigerung der ökonomischen Aktivitäten. Es wäre – möchte man auch Berechnungen betreffend der zukünftigen Netzgestaltung machen – de facto notwendig, in einer Stromversorgungsstrategie auch die räumliche Verteilung dieser Aktivitäten miteinzubeziehen und die Frage zu beantworten, ob es auch lokalen / regionalen Handlungsbedarf gibt, welcher Natur auch immer.

Insofern stellt sich die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, die vorliegende Studie isoliert zu betrachten, solange parallel nicht auch Szenarien zu einem nationalen Netzentwicklungsplan (welcher aus EU-Vorgaben sowieso bald Pflicht wird) vorliegen?

Dabei wäre es ebenfalls sinnvoll zu untersuchen, welche zusätzliche Produktion ggf. in Zukunft regional erfolgen kann und welchen Einfluss diese auf das Netz haben könnte. Dies umso mehr, geht man von der Annahme aus, dass dezentrale Energiegewinnung, insbesondere im Bereich der Photovoltaik, zunimmt. Denn bereits heute wurde schon mehrfach thematisiert, dass die Einspeisung von regional produziertem Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz, an verschiedenen Standorten aus technischen Gründen nicht machbar ist. Sollen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, wie dies sowohl notwendig als auch geplant ist, muss geklärt werden, wie weitere derartige Hemmnisse vermieden werden können.

4. Warum wird Google außen vor gelassen?

Die Strategie *Scenario Report 2040* aus dem Jahr 2018, beinhaltetete noch Berechnungen betreffend der evtl. Einrichtung von Google in Luxemburg. Für den Mouvement Ecologique ist nicht wirklich nachvollziehbar, warum dieses so wichtige Projekt nun aus der vorliegenden Strategie ausgeklammert wurde.

Eine Strategie, quasi über 20 Jahre hinaus, kann ja nicht nur auf schon definitiv gefällten Entscheidungen basieren, sondern muss ebenfalls Optionen und potentielle Entwicklungen ins Auge fassen. Dass dies hier nicht erfolgte, ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique höchst bedauerenswert.

5. Planung des Hochspannungsnetzes demokratisch und transparent gestalten

Wie bereits angeführt, wird durch die Schlussfolgerungen aus dem *Scenario Report 2040* und dem parallel laufenden Projekt-380 in dieser öffentlichen Anhörung auf die Verstärkung der Stromversorgung im Alzettetal verwiesen. Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck darauf, dass bei der Planung und Gestaltung dieser Leitung alle rechtlichen und demokratischen Kriterien berücksichtigt werden. Sprich:

- in der EIE (étude d'incidence environnementale) muss zwingend ein Variantenvergleich erfolgen, und hierbei nicht nur indem eine leichte Verlagerung der Trasse um 2-3 Meter erfolgt und derart dem Anspruch verschiedener Varianten Rechnung getragen werden soll, sondern reelle, offen dargelegte verschiedene Trassierungen (die wohl durchaus untersucht wurden, jedoch nach Außen kaum erkennbar sind);
- in der EIE muss unbedingt analysiert werden, welches die Vor- und Nachteile einer unterirdischen Verlegung von zumindest Teilen der Leitung wären;
- und nicht zuletzt muss gewährleistet werden, dass die EIE auch in einem realen Genehmigungsprozess zur Geltung kommt. Denn Fakt ist: Die EIE ist eine ANALYSE, die zwar einer öffentlichen Anhörung unterliegt, jedoch nicht direkt in eine Genehmigungsprozedur münden muss. Deshalb sieht der Gesetzgeber bei zahlreichen Projekten weitere Genehmigungsprozeduren vor. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique müsste in diesem Bereich die Direktive „plans et programmes“ gelten (cf. kurze juristische diesbezügliche Stellungnahme anbei“). Denn diese gibt dem Bürger formalisierte Rechte. Es ist wohl umstritten, ob Creos dieser Direktive unterliegt, oder eher der Staat. Diese Frage müsste zwingend innerhalb der nächsten Wochen geklärt werden, ansonsten wird die geplante Hochspannung (so notwendig sie wohl auch ist) zu unnötigen Spannungen und Polemiken führen.

6. Kommunikation: Von essentieller Bedeutung

Für jeden, der sich die Details des Creos-Dokuments anschaut, wird offensichtlich, wie wichtig eine gute Kommunikation zum Thema gegenüber den Bürgern*innen und sonstigen Akteuren wäre. Z.B. darüber, wie wichtig es wäre, den Stromverbrauch zu Spitzenzeiten zu reduzieren. Oder über die Tatsache, dass hinsichtlich einer zukünftigen sektorenübergreifenden Elektrifizierung und Digitalisierung der Gesellschaft der nationale Stromverbrauch wohl zunehmen wird, der Gesamtenergieverbrauch durch den erhöhten Wirkungsgrad von Strom, z.B. im Bereich der Mobilität, jedoch sinken wird. Dieser Zusammenhang ist bei weitem nicht allen Bürgern*innen bewusst, dabei ist er zentral um zukünftige Szenarien betreffend die Netzgestaltung zu verstehen und zu akzeptieren.

7. Strategien müssten auch stärker die „Begrenzungen“ thematisieren

Zum Teil ist die Diskussion betreffend der Stromversorgung vergleichbar mit jener im Bereich der Wasserversorgung: Sowohl Creos als auch Wasserversorger müssen eine Versorgungssicherheit garantieren. Stoßen Großverbraucher hinzu, die ggf. substantielle Veränderungen am Stromnetz erfordern würden oder aber – wie im Wasserverbrauch – die Grenzen der Ressourcen überschreiten, so müssen die Versorger trotzdem „schauen wie sie es hinkriegen“.

Diese Situation ist in Zeiten der Klima-, Energie- und Biodiversitätskrise nicht mehr zeitgemäß. De facto müssten also Leitlinien entwickelt werden – und untersucht werden, welche juristische Implementierung möglich ist – die den Betreibern (natürlich basierend auf transparenten staatlich festgelegten Kriterien) ggf. das Recht geben, einen spezifischen Kunden abzulehnen, da die Kapazitäten überschritten werden (sei es im Netz, oder von den Ressourcen her).

Wie bereits oben angeführt, ist sich der Mouvement Ecologique der Tatsache bewusst, dass einzelne Anregungen in dieser Stellungnahme z.T. eher staatliche Strukturen, als Creos selbst betreffen.

Jedoch: Wenn Creos die Verantwortung obliegt, eine Strategie zur Stromversorgung zu entwickeln, müssen auch derartige Aspekte aufgegriffen werden. Ist es nicht die Rolle von Creos, so müsste die vorliegende Strategie von einer staatlichen Strategie, welche die fehlenden Aspekte abdeckt, begleitet werden.

Hochachtungsvoll



Blanche Weber
Präsidentin



Christophe Murroccu
Verantwortlicher „Klima- und Energie“